

VORLAGE

Gremium	Sitzung Nr.	Datum	TOP	SIVO-Nr.
Magistrat	17	17.09.2024	4	M-17012024
Stadtverordnetenversammlung	27	10.10.2024	5	S-163124
Ausschuss:				
Haupt-, Finanz- u. Wirtschaft				
Infrastruktur-, Stadtentwicklung-, Landwirtschaft und Umwelt				
Sozial-, Kultur- und Sport				

Betreff:

Beteiligung an der Einrichtung einer Interkommunalen Informationssicherheitsstelle im Wetteraukreis

Sachverhalt:

Mit der Digitalisierung in der kommunalen Verwaltung gewinnen Informationssicherheit und IT-Sicherheit rasant an Bedeutung. Die Sicherheit von Daten und Informationen sowie der Schutz von Hardware, Software, Netzwerken und Computersystemen vor Eingriffen Unbefugter ist Voraussetzung für die verlässliche Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise auf allen Feldern der Daseinsvorsorge. Vor diesem Hintergrund wirbt auch das Land Hessen intensiv für die interkommunale Zusammenarbeit auf diesem zentralen Handlungsfeld. Auf Initiative und unter Leitung der Erste Stadträtin der Kreisstadt Friedberg (Hessen) haben daher 24 der 25 Städte und Gemeinden des Wetteraukreises und der Wetteraukreis im Juli 2023 ein interkommunales Projekt „Informationssicherheit“ gestartet. Die Ziele des Projekts waren:

Strategische Ziele:

- Sicherung der Handlungsfähigkeit des Kreises und der Kommunen durch Gewährleistung der Sicherheit und Verfügbarkeit ihrer Daten und IT-Systeme sowie Stärkung ihrer Informationssicherheit zum Schutz vor Cyberangriffen
- Schaffung und Erhaltung der Voraussetzungen für moderne, flexible Arbeitsformen der Beschäftigten (mobiles Arbeiten, Telearbeit, Heimarbeit) mit geringstmöglichen Risiken für die Informationssicherheit der Kommune

Operative Ziele:

Die projektbeteiligten Kommunen sollen durch das Projekt in den Stand versetzt werden,

- ein grundsätzliches und gemeinsames Verständnis der bestehenden Anforderungen und des konkreten individuellen Nutzens von Informationssicherheit / IT-Sicherheit für Verwaltung und Kunden zu gewinnen,
- ihre örtlichen Handlungsbedarfe zu identifizieren
- kurzfristig erste gemeinsame Schnellmaßnahmen zur Erreichung von Informationssicherheit / IT-Sicherheit zu erarbeiten und umzusetzen (z.B. Awareness-Schulungen, Eckpunkte eines Notfallmanagements) sowie
- Voraussetzungen für ein kreisweit einheitliches Informationssicherheitsniveau in Anlehnung an den BSI IT-Grundschutzstandard zu schaffen.

Aufgrund des Vorbildcharakters des IKZ-Projekts und seiner Übertragbarkeit auf andere hessische Landkreise und Kommunen wurde das Projekt durch das Kommunale Dienstleistungszentrum Cybersicherheit (KDLZ-CS) der ekom21 fachlich begleitet; die Kosten der fachlichen Begleitung hat das Land Hessen übernommen.

Im Projektverlauf wurden u.a. Eckpunkte eines Modell-Konzepts „Kommunale Informationssicherheits-Strategie“ sowie Schnellmaßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen in den Kommunen erarbeitet (z.B. Notfallrichtlinien, Sofortmaßnahmen bei Verdacht auf einen Sicherheitsvorfall, Sensibilisierungsmaßnahmen für Mitarbeiter/innen). Darüber hinaus war die Prüfung der Möglichkeiten und Potenziale einer künftigen dauerhaften Kooperation der Kreiskommunen auf diesem Handlungsfeld Gegenstand des Projekts. Nach Auswertung von Best-Practice-Beispielen und Analyse der örtlichen Gegebenheiten wurde in der Projektgruppe einvernehmlich festgestellt, dass eine interkommunale Zusammenarbeit bei der Informationssicherheit für alle Kreiskommunen zahlreiche Vorteile und Synergien mit sich bringen würde. Hierzu gehört u.a.

- die Reduzierung des Aufwands der Kommunen für das sich-allein-Erarbeiten der komplexen Materie,
- die Erhöhung der Qualität, Effektivität und Effizienz des Vorgehens in den Kommunen durch Bündelung der fachlichen Kompetenzen, einheitliche und standardisierte Verfahrensweisen, Wissensaustausch, arbeitsteiliges Vorgehen sowie die gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen Dritter,
- damit die Erhöhung des Tempos der Zielerreichung in den Kommunen,
- geringere Kosten der Kommunen im Vergleich zur alleinigen Aufgabenwahrnehmung mit dann notwendiger eigener Personalakquise für die Funktion eines/einer Informationssicherheitsbeauftragten
- erweiterte Personalentwicklungsmöglichkeiten für Mitarbeiter/innen (Spezialisierungsmöglichkeiten) und
- das kreisweite Erreichen der Basisabsicherung gemäß dem BSI-IT-Grundschutzstandard.

Um die vielfältigen Aufgaben der Informationssicherheit dauerhaft und für die Kreiskommunen bestmöglich wirksam wahrnehmen zu können sowie ein kreisweit einheitliches Sicherheitsniveau zu erreichen, hat die Projektgruppe daher die Einrichtung einer interkommunalen Informationssicherheitsstelle im Wetteraukreis empfohlen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Reichelsheim beteiligt sich an der interkommunalen Kooperation zur Einrichtung einer „Interkommunalen Informationssicherheitsstelle im Wetteraukreis“, die in der Kreisverwaltung des Wetteraukreises eingerichtet wird.
2. Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Einrichtung der Interkommunalen Informationssicherheitsstelle im Wetteraukreis gemäß Anlage wird zugestimmt.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von ca. 4.000,00 Euro (abzüglich ca. 2.000,00 EUR Förderungszuschuss) werden im Haushaltsplan 2025 bereitgestellt.

Für die Richtigkeit:

Reichelsheim, den 11.09.2024

Name/Abteilung: Denecke, HV


Unterschrift